

Mag. Werner Kogler
Vizekanzler
Bundesminister für Kunst, Kultur,
öffentlichen Dienst und Sport

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.201.643

Wien, am 10. Mai 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mario Lindner, Genossinnen und Genossen haben am 10. März 2022 unter der Nr. **10178/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Beschwerden wegen Ungleichbehandlung in Ihrem Ministerium“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Einleitend ist festzuhalten, dass mein Ressort erstmalig durch die Bundesministeriengesetz-Novelle 2017, BGBl. I Nr. 164/2017, mit 8. Jänner 2018 errichtet wurde (damals Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport - BMÖDS) und die Beantwortung daher ab diesem Zeitpunkt erfolgt. Der Bereich Kunst und Kultur wurde mit der Bundesministeriengesetz-Novelle 2020, BGBl. I Nr. 8/2020, dem Ressort angegliedert.

Zu Frage 1:

- *In wie vielen Fällen zwischen 2011 und 2021 waren Ihr Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen als Arbeitgeber an Beschwerdeverfahren wegen potentieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen und Kündigungen vor der Gleichbehandlungsanwaltschaft beteiligt? Bitte um detaillierte Auflistung nach Jahr und Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund.*

Jahr	Anzahl	Beschwerde-Diskriminierungsgrund
2020	1	Geschlecht Religion/Weltanschauung Alter

Wie bereits in der Einleitung dargelegt, befindet sich die Sektion Kunst und Kultur, die zuvor zum Bundeskanzleramt ressortierte, seit Inkrafttreten der Bundesministeriengesetz-Novelle 2020 im Kompetenzbereich meines Ressorts. Der der oben angeführten Beschwerde zugrundeliegende Personalvorgang wurde mit 11. Oktober 2019 durch den damals mit der Leitung der Angelegenheiten für EU, Kunst, Kultur und Medien betrauten Bundesminister im Bundeskanzleramt gesetzt.

Zu Frage 2:

- *In wie vielen Fällen zwischen 2011 und 2021 waren Ihr Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen als Arbeitgeber wegen potentieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen und Kündigungen vor einem Gericht beteiligt? Bitte um detaillierte Auflistung nach Jahr und Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund.*
 - a. *In wie vielen Fällen kam es jeweils zu Verurteilungen, Freisprüchen und außergerichtlichen Einigungen?*

Seit Gründung meines Ressorts war mein Ministerium in keinem Fall wegen potentieller Ungleichbehandlung als Arbeitgeber vor einem Gericht beteiligt.

Zu den Fragen 3 und 4:

- *Welche konkreten Schritte wurden seit Ihrem Amtsantritt in Ihrem Ministerium und den nach gelagerten Dienststellen unternommen, um potentieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen und Kündigungen entgegenzuwirken?*
- *Welche konkreten Schritte planen Sie zukünftig, um potentieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen und Kündigungen in Ihrem Ministerium entgegenzuwirken und transparente Besetzungen zu ermöglichen?*

Bei der Postenbesetzung, bei Einstellungen oder Kündigungen wird nach den jeweils gültigen gesetzlichen Bestimmungen vorgegangen.

Zu Frage 5:

- *Welche Stelle innerhalb Ihres Ministeriums ist für allfällige Beschwerden bei möglichen Ungleichbehandlungen bei Postenbesetzungen, Einstellungen und Kündigungen zuständig?*
 - a. *Wie viele Beschwerden sind an dieser Stelle zwischen 2011 und 2021 eingegangen. Bitte um detaillierte Auflistung nach Jahr und Beschwerdegrund.*

Ich darf auf die derzeit gültige Geschäftseinteilung meines Ressorts verweisen, wonach zwei Abteilungen für Beschwerden in den genannten Bereichen zuständig sind. Es handelt sich dabei um die Abteilung I/1 - „Personal und Organisationsentwicklung“ und die Abteilung I/3 - „Rechtskoordination, Informations-, Organisations- und Verwaltungsmanagement“.

In meinem Ressort sind keine derartigen Beschwerden eingegangen.

Mag. Werner Kogler

